

Vorbemerkung: es handelt sich im Folgenden um das Manuskript einer frei gehaltenen Rede, nicht um den genauen Wortlaut der Rede

1. Die Anstifter der Kriegsverbrechen wird man zur Verantwortung ziehen

Israels Militäroffensive in Gaza findet unter der Verletzung fundamentaler Prinzipien des humanitären Völkerrechts (IHL) und erheblicher Mißachtung des Lebens von Zivilisten statt. Die erschreckend hohe Zahl toter und verwundeter Zivilisten und die weitreichende Zerstörung ziviler Gebäude spiegelt die im Widerspruch zum Recht stehende exzessive, unterschiedslose und in keinem Verhältnis stehende Anwendung von Gewalt auf Seiten Israels wider.

Nach zwei Wochen der israelischen Offensive erheben viele internationale Anwälte ihre Stimme, um Israels Aktionen in jeder Hinsicht zu verurteilen, und stellen dabei Israels Anspruch in Frage, in rechtmäßiger Selbstverteidigung zu handeln. Das heißt, schon bevor das Unrecht, mit dem Israel seine militärische Macht einsetzt, genauer untersucht wird, haben Anwälte, die das israelische Selbstverteidigungsargument bewerten, so viele Löcher darin gefunden wie in der Erde von Gaza: Die israelischen Aktionen wurden nicht als letztes Mittel ergriffen und nicht als die notwendige Antwort auf Angriffe unternommen. Bevor ein Staat überhaupt Gewalt zur Selbstverteidigung anwenden kann, muß ein bewaffneter Angriff erfolgt sein, auf den er antwortet, nachdem er keine andere erfolversprechende Methode gefunden hat, Abhilfe zu schaffen oder Widerstand zu leisten.

Mit anderen Worten, Gewalt ist nur dann rechtmäßig, wenn friedliche Versuche, die bewaffneten Angriffe zurückzuweisen, entweder nicht funktioniert haben oder ganz eindeutig ohne Wirkung wären. Die Rechtfertigung, die Israel vorbringt, daß sein Ziel, „die Raketen, die von Gaza aus abgeschossen werden, zu stoppen“ und Hamas einen „ernsthaften Schlag“ zu versetzen, den Gebrauch von übermäßiger militärischer Gewalt erfordere, entbehrt der rechtlichen Grundlage. Gewalt wäre nicht nötig gewesen, hätte Israel sich am 19. Dezember einverstanden erklärt, alle Grenzübergänge nach Gaza zu öffnen und die unrechtmäßige Blockade aufzuheben.

Die Hamas hat den vereinbarten Waffenstillstand genauestens eingehalten bis zum 4. November, als Israel einen nicht provozierten Angriff im Gazastreifen durchführte und dabei sechs Menschen tötete. Der einfachste Weg für Israel, den Raketenbeschuß zu stoppen, wäre also gewesen, die Waffenruhe weiter einzuhalten und das Waffenstillstandsabkommen zu erneuern, das es am 4. November verletzt hat.

2. Bei den Waffenlieferungen an Israel handelt es sich um einen Skandal, in den auch Deutschland schwer verwickelt ist.

Eines von vielen Kriegsverbrechen, in was nach Meldungen der Nachrichtenagentur „Reuters“ die Bush-Regierung in Washington und die Merkel-Steinmeier-Regierung in Berlin durch massive Waffenlieferungen an Israel vor Kriegsbeginn verwickelt sind.

„Reuters“ meldete gestern, dass Auftragspapiere eine für die nächsten Tage geplante Waffenlieferung von „Hundertten Tonnen Waffen“ in 325 20 ft-Standard-Containern nach Israel über Griechenland durch das U.S. Navy's Military Sealift Command (MSC) belegen. Die Lieferung würde durch zwei getrennte, als „Munitionslieferung“

deklarierte Transporte durch eine deutsche Firma erfolgen. Die Lieferung würden in den Papieren unter der Bezeichnung „hazardous“ (riskant, gefährlich) bezeichnet.

Die Anfrage kam laut der „Reuters“ vorliegenden Frachtpapiere am 31. Dezember, also bereits nach Beginn der Bombardements am 27. Januar und vor dem Beginn des Einmarsches von israelischen Bodentruppen in den Gazastreifen am 3. Januar.

Im September 2008 genehmigte der US-Kongress die Lieferungen von GBU-39 „Bunkerbrechern“, 113 Kg schweren GPS-geleiteten Bomben an Israel. Diese Waffen sind speziell dafür geeignet unterirdische Anlagen zu zerstören.

Diese Waffe wurde nach Beginn des Krieges am 27. Dezember bereits durch die israelischen Militärs eingesetzt, so die „Jerusalem Post“ vom 29. Dezember.

Doch das ist nicht alles. Nach Recherchen von „Reuters“ lieferte dieselbe deutsche Firma, deren Name ungenannt blieb, bereits am 15. Dezember eine noch grössere Waffenlieferung von 2.6 Millionen Kilogramm Explosivmaterial nach Israel in den Hafen Ashdod.

Ausgang der Lieferung war Sunny Point, im US-Bundesstaat North Carolina. Die deutsche Firma bestätigte gegenüber „Reuters“ die Lieferung, verweigerte aber jeden weiteren Kommentar, ebenso das Pentagon.

Nur vier Tage später, am 19. Dezember, winkte der deutsche Bundestag den Einsatz von 1400 deutschen Soldaten sowie den Aufmarsch einer Flotte vor Ostafrika, am Golf von Aden, sowie im Roten und Arabischen Meer durch. Vor dem Beschluss hatten Grüne und FDP eine Anhörung durch den Bundestag verhindert.

Diese Kriegsschiffe im Arabischen Meer und die Flotte der NATO, ebenfalls mit Beteiligung der deutschen Marine, im Rahmen der Operation Active Endeavour haben u.a. den offiziellen Zweck, Waffenschmuggel zu unterbinden. Natürlich ist hier nur der Waffenschmuggel an arabische Kräfte gemeint.

Inoffiziell hat diese westliche Armada – das wird immer deutlicher – den Zweck, Waffenschmuggel der NATO-Staaten und EU-Staaten abzusichern. In einem NATO-Brief heißt es z.B.: „Im Februar 2003 wurde die Operation um die Aufgabe erweitert, Handelsschiffe der Bündnisstaaten durch die Straße von Gibraltar zu eskortieren.“ Damit dürften auch die geheimen Waffenlieferungen der USA auf deutschen Schiffen überwacht werden, die jetzt durch das Mittelmeer an Israel gingen und gehen.